

Im Namen des Gesetzes

Die Kriminalisierung des Anwar Ibrahim

»Anwar ist sicher und gesund, kein Grund zur Sorge. Er ist in unserer Haft. Es wird einen fairen Prozess geben, das ist unser System. Es gibt einen freien Gerichtshof, dem britischen System ähnelnd.« So äußerte sich der Generalinspektor der malaysischen Polizei Abdul Rahim Noor zu Beginn des Prozesses von Anwar Ibrahim.

Anika Scheiermann

Obwohl die Meinungsfreiheit in Malaysia per Verfassung kaum eingeschränkt ist, müssen politisch Aktive, die regierende Politiker kritisieren, immer wieder mit scharfen Reaktionen seitens der Behörden rechnen.



Anwar Ibrahim und seine Frau

Quelle: Aliran Monthly 24(8)2004, S. 4

Die Restriktion der Meinungsfreiheit setzt meist dann ein, wenn eine unliebsame Meinung zu viele Bürger erreicht. Inhaftierung ohne Prozess, Verfolgung wegen Volksverhetzung, Entlassung aus dem Amt, unfaire Behandlung in den Medien sind nur einige der möglichen Verordnungen, welche zur Unterbindung angewandt werden. Die willkürliche Anwendung dieser Maßnahmen der Justiz, meist mit Unterstützung der Regierung, ist erschreckend. Der *Internal Security Act* (ISA) bietet in Malaysia die wohl bekannteste und unkomplizierteste Möglichkeit der Unterbindung jeglicher Kritik.

Der wohl prominenteste Fall der vergangenen Jahre war der des ehemaligen stellvertretenden Premierministers Datuk Seri Anwar Ibrahim. Er wurde zwar nur kurz auf Grund des ISA inhaftiert, doch kurze Zeit später erneut wegen dubioser Vorwürfe verhaftet und durch einen undurchsichtigen, vermutlich korrupten Prozess verurteilt. Die Bilder seiner Verhaftung im Jahre 1998 gingen um die Welt und der Prozess fand international viele Kritiker. Auch wenn Anwar nur kurz unter dem ISA in Haft war, so bietet der ISA im Folgenden die Grundlage, für die Willkür der Justiz und Regierung.

Die illegale Beteiligung der Regierung am Prozess Anwars konnte im übrigen nie vollständig bewiesen werden.

Der ISA zur Sicherung des Landes?

Wie bereits einführend erwähnt, war der ISA die Grundlage für die Verhaftung Anwar Ibrahims. Durch diesen wird der malaysischen Polizei erlaubt, jeden festzunehmen, dessen Aktivitäten die Sicherheit des Landes oder der Wirtschaft zu gefährden scheinen. Entstanden ist der ISA 1960 als Reaktion auf einen kommunistischen Aufstand. Nach dem Gesetz können Verdächtige bis zu 60 Tage in Untersuchungshaft festgehalten werden, diese kann anschließend jedoch durch eine Verfügung des Innenministers um zwei Jahre verlängert und darüber hinaus auf unbestimmte Zeit erneuert werden. Ein Recht auf eine gerichtliche Anhörung gibt es nicht. Zwischen 1960 und 2005 wurden bereits 10.662 Menschen nach dem ISA verhaftet.

Der ISA hat sich in Malaysia als effektives Werkzeug der politischen Unterdrückung erwiesen. Das Gesetz wird unter anderem benutzt, um Mitglieder der Gewerkschaften, Mitarbeiter von Kirchen und Gemeinden oder Anhänger von verbotenen islamischen Glaubensgemeinschaften zu inhaftieren. Vor allem wurde es in den letzten Jahrzehnten vermehrt dazu verwendet, oppositionelle Politiker und Gegner der langjährigen Regierungspartei *UMNO* (United Malays National Organisation) zu verfolgen, so auch Anwar Ibrahim.

In den vergangenen Jahren kämpften vermehrt internationale Menschenrechtsorganisationen und Oppositionsparteien gegen den ISA an. Auch ausländische Regierungen befürworteten die Abschaffung des Gesetzes. Um gegen die immer wieder bekannt werdenden Misshandlungen der Gefangenen anzugehen, fordern die Menschenrechtsorganisationen dazu auf, externe Beobachter in den Gefängnissen zuzulassen. Darüber hinaus wird nachdrücklich an das Recht auf

Die Autorin ist Masterstudentin der Politikwissenschaft in Marburg und absolvierte ein Praktikum in der Südostasien Informationsstelle.



eine Verhandlung für die Gefangenen appelliert. Bisher blieben die Forderungen jedoch ohne Erfolg, die Regierungspartei spricht sich weiterhin für das Gesetz aus.

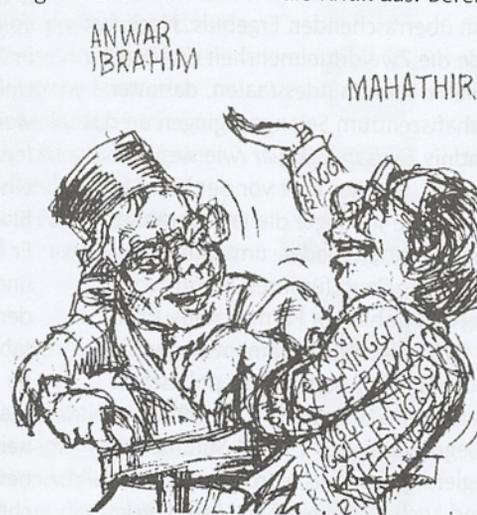
Der Fall Anwar Ibrahim – Inhaftierung und Verurteilung

Die Verhandlungen und Inhaftierungen um Datuk Seri Anwar Ibrahim stellen einen der bekanntesten juristischen Fälle Malaysias dar. Nicht zuletzt resultierte dies vor allem aus dem Bekanntheitsgrad des Politikers, der zwischen 1982 und 1998 stellvertretender Präsident der UMNO, stellvertretender Premierminister und Finanzminister war. Ibrahim galt als Kämpfer für soziale und politische Reformen und fiel schon vor seiner politischen Karriere durch seine aktive Teilnahme und Organisation zahlreicher Demonstrationen auf. Schnell etablierte sich Ibrahim seit 1982 als Nummer 2 neben dem Premierminister Dr. Mahathir Mohamad. Doch dies hielt ihn nicht davon ab, immer wieder die Regierung Mahathirs scharf zu verurteilen. Nicht zuletzt wird deshalb von internationalen Beobachtern, wie *Amnesty International*, behauptet, dass die Entlassung aus allen Ämtern, die Anklage und anschließende Verurteilung von Ibrahim ein politisches Manöver war.

Am 2. September 1998 wurde Ibrahim aus den Ämtern des stellvertretenden Premierministers und Finanzministers entlassen, am Tag darauf folgten auch die Entlassungen aus dem Amt des stellvertretenden Präsidenten und als Mitglied der UMNO. Innerhalb von nur 48 Stunden verlor Anwar Ibrahim alle politischen Ämter. Noch am selben Tag leitete die Polizei Ermittlungen gegen ihn ein und brachte dem Gericht einige Beweise des sexuellen Fehlverhaltens, Bestechung und Bedrohung der nationalen Sicherheit vor. Obwohl die Anschuldigungen grundlos waren und Anwar nicht formal angeklagt wurde, wurden die angeblichen Beweise öffentlich gemacht und vor allem durch die lokalen Medien »anklagend« gegen Ibrahim verwendet. Eine einseitig dargebrachte Anti-Anwar Kampagne begann in den lokalen Medien. Kurze Zeit darauf, am 20.

September, wurde Anwar auf einer Demonstration in Kuala Lumpur nach dem ISA verhaftet. Bereits eine Woche nach der Inhaftierung wurde Anwar im Sessions Court in Kuala Lumpur der Korruption und Sodomie angeklagt. Als Anwar an diesem Tag zum Gericht gebracht wurde, hatte er Verletzungen im Gesicht, die auf eine Misshandlung durch die Polizei hindeuteten und später, nach langen Forderungen der Aufklärung von internationalen Organisationen, von der Polizei zugegeben wurden. Der Generalinspektor Abdul Rahim Noor, von dem das Eingangszitat stammt, trat kurze Zeit darauf von seinem Amt zurück, da er die Vorwürfe der Misshandlung Ibrahims in Haft eingeräumt hatte.

Während der Verhandlungen wurden verschiedenste Beweise für die Sodomie- und Korruptionsvorwürfe gegen Ibrahim vorgebracht. Internationale Beobachter stellten fest, dass sich einige der Aussagen widersprachen und die Beweisführung äußerst undurchsichtig verlief. So durfte der Generalstaatsanwalt die Führung der Ankläger während der bereits laufenden Verhandlungen übernehmen, obwohl er offensichtlich persönlich und durch seine Position in der Regierung in den Fall verwickelt war. Darüber hinaus löste die Einmischung des damaligen Premierministers Mahathir internationale und nationale Kritik aus. Bereits während der Verhandlungen äußerte sich Mahathir zum Fall Ibrahim, während einiger Fernsehauftritte erklärte er ihn für schuldig. Eine Reaktion des Gerichts blieb aus. Die Verteidigung versuchte, letztendlich vergeblich, dies als Beweis der Inszenierung der Vorwürfe gegen Ibrahim durch die Regierung zu nutzen. Am 14. April wurde Anwar Ibrahim jedoch schließlich der Korruption für schuldig befunden und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Am 8. August 2000 schloss sich die Verurteilung zu neun Jahren Haft wegen Sodomie an.



Die Entwicklungen nach dem Prozess

Die Festnahme und anschließende Verurteilung Anwar Ibrahims löste neben der Anti-Anwar Kampagne der lokalen Medien aber auch eine ethnien übergreifende soziale Bewegung aus, welche zugleich weitreichende politische Reformen forderte. Aus die-

ser Bewegung heraus gründete sich die politische Partei *Parti Keadilan Rakyat* (kurz: Keadilan), welche von der Ehefrau Anwars, Wan Azizah Ismail, angeführt wurde. Die neu gegründete Partei trat im Wahlkampf 1999 in einem Bündnis mit der *Parti Islam Se-Malaysia* (PAS) und der *Democratic Action Party* (DAP) unter dem Namen *Barisan Alternatif* an und gewann 40 Prozent der Wählerstimmen für sich. Jedoch zerfiel das Bündnis bereits kurz nach der Wahl aufgrund inhaltlicher Differenzen. Bei den Wahl 2004 gewann jedoch die *Barisan Nasional* mit überragenden 90 Prozent, ein Bündnis unter anderem mit der größten Partei UMNO unter dem neuen Premierminister Abdullah Badawi. Keadilan konnte nur noch einen Parlamentssitz erringen, welchen die Frau von Ibrahim innehielt. Die Medien nannten Ibrahim über die Jahre hinweg immer wieder den de facto Führer von Keadilan. Obwohl ihm offiziell jede politische Aktivität per Gericht untersagt wurde, versuchte Ibrahim sich auch in Haft politisch über seine Familie zu betätigen und seine Ziele weiter zu verfolgen.

2004 wird Ibrahim von den Anklagen freigesprochen und durch den Premierminister Abdullah Badawi begnadigt. Jedoch wurde Anwar durch ein politisches Betätigungsverbot bis zum 15. April 2008 in seinen politischen Ambitionen eingeschränkt. Erst vier Jahre nach seiner Haftentlassung konnte Anwar Ibrahim sich wieder offiziell in der Politik engagieren.

Die nationalen Wahlen im März 2008 führten dann, kurz vor dem »Wiedereintritt« Anwars in die Politik, zu einem überraschenden Ergebnis. Nach fast 50 Jahren wurde die Zweidrittelmehrheit der Barisan Nasional abgewählt. Fünf Bundesstaaten, darunter auch das Wirtschaftszentrum Selangor, gingen an das Oppositionsbündnis *Barisan Rakyat* (wie sie sich neuerdings nennen), welches kurz vor der Wahl wiederbelebt wurde. Ende Juli legte die Frau Ibrahims den Vorsitz der Opposition nieder, um damit Neuwahlen in Permantang Pauh für ihren Mann zu ermöglichen. Die Nachwahlen in Permantang Pauh, wo Anwar von 1982 bis 1998 Parlamentsabgeordneter war, wurden am 26. August zum politischen Schauspiel. Ibrahim gewann mit 31.195 Stimmen, während sein Gegner lediglich 15.524 Stimmen erreichte. Das Regierungsbündnis wurde durch die nationale Wahl und auch in der Nachwahl stark geschwächt und über die internen Debatten über die Nachfolge von Premier Abdullah Badawi wurden sogar schon in den Medien berichtet und von einigen Stimmen aus den eigenen Reihen gefordert. Das alte wiederauflebende politische Engagement Anwars nahm seinen Lauf und seine scharfe Kritik an der Regierung und den gesellschaftlichen Umständen, wie im Speziellen auch an dem ISA, riss nicht ab. Kurz vor den Wahlen in Permantang Pauh wurde Anwar von seinem 23-jährigen Mitarbeiter und Berater

Mohd Saiful Bukhari Azlan beschuldigt, er habe ihn sexuell verführt. Ibrahim wies die Beschuldigungen von sich und erklärte die Geschehnisse als wieder einmal durch die Regierung inszeniert. Die Anschuldigungen gegen den Regierungskritiker nehmen also auch nach seiner Begnadigung kein Ende.

Abschaffung des ISA als Beitrag zur Meinungsfreiheit

Seit langem fordern internationale Organisationen die Abschaffung des ISA als Zeichen der Einschränkung der Willkür von Justiz und Regierung sowie als wesentlicher Beitrag zur Meinungsfreiheit. Während des Verfahrens von Anwar Ibrahim positionierte sich beispielsweise Amnesty International klar und forderte die Beendigung der Ermittlungen, später die Freilassung von Anwar. Sie erklärten Anwar zu einem politischen Gefangenen und machten dadurch deutlich, dass sie die Anschuldigungen gegen ihn als politisches Manöver erachteten. Viele internationale Beobachter schlossen sich dieser Einstellung an und sahen die Beweiskraft als zu gering, um Anwar zu verurteilen. Die Vermutung der Einmischung seitens der Regierung und dessen Drängen auf die Verurteilung lag nahe. Anwar selbst äußerte sich nach dem ersten Urteil und berichtete über ihm bekannte illegale Zustände zwischen der Justiz und der Politik. Er kommentierte sein Urteil mit dem Worten: »es stinkt zum Himmel«.

Auch wenn letztendlich die Abläufe und Vorwürfe gegen Anwar undurchsichtig erscheinen und nicht vollkommen aufgeklärt werden konnten, so zeigt sich in Malaysia vor allem durch den ISA und die Kontrolle der Regierung über die lokalen Medien eine weit verbreitete legale Methode, Kritiker zu bestrafen, zu verleumden und sogar zu inhaftieren. Aktuellstes Beispiel ist die Verhaftung des prominenten Bloggers Raja Petra Kamarudin im September 2008. Er betrieb die populäre Webseite *Malaysia Today* und hat in seinen Artikeln die Regierung immer wieder scharf kritisiert. Jetzt muss der Blogger für zwei Jahre ins Gefängnis. Die Internierung wird durch seine Artikel begründet, die den Islam lächerlich gemacht und Muslime verärgert haben sollen. Der Innenminister Datuk Seri Syed Hamid Albar bezeichnete dies als eine Bedrohung für die nationale Sicherheit. Kritiker der Regierung werden seit Jahren durch die Regierung kriminalisiert, indem ihnen durch zahlreiche Vorwürfe, jahrelange Verfahren oder sogar Haft die Möglichkeit zur weiteren Arbeit – gegen die Regierung – entzogen wird. Die Abschaffung des ISA bleibt noch ungewiss. Vielleicht ermöglichen die nächsten Wahlen und eine Regierung mit Anwar Ibrahim das Ende der Einschränkung der Meinungsfreiheit.